



SPRECHSTUNDEN 19.30–21. UHR. Das schwarze Türschild und das Fehlen einer TV-Antenne sind das einzige, was das winzige Reihenhäuschen von seinen Nachbarn unterscheidet. Die Straße ist hier, an der Grenze der städtischen Quartiere von Madrid, bereits gepflastert, zum Unterschied von der eigentlichen Bannmeile, woher mich ein Pfarrer auf seinem Motorrad hergefahren hat. Der Lehmboden dort, vom Regen aufgeweicht, hat seine Spuren an Schuhen und Hosen zurückgelassen: Kann man so zu einem Rechtsanwalt kommen?

Rechtsanwälte im Armenviertel

Hinter der Türe erwartet mich Gottseidank kein Teppich, sondern ein Zementboden: der Vorraum des Büros. Zwei wartende Arbeiter. Ein junger Mann. Der führt mich in ein rückwärts gelegenes Zimmer. Er ist Student und hilft den beiden *avogados*. Diese sind, wie er selber, Jesuiten. Der eine, *Paco*, steht zwar noch für ein Jahr im Theologiestudium, aber er hat bereits sein Anwaltspatent in der Tasche. Der andere, *Alonso*, ist auch als Priester schon fertig ausgebildet, hilft am Sonntag dem nächsten Barackenpfarrer und arbeitet werktags seine acht Stunden in einer Fabrik. – Wann aber, so frage ich, gehen diese Freizeitadvokaten ans Gericht? Zur Nachtzeit?

«Natürlich nicht. Während Alonso in der Fabrik arbeitet, geht Paco ans Gericht. Für sein Studium paßt er sich der «Freizeit» der Richter an, so wie sich die Sprechstunden nach der Freizeit der Arbeiter richten.» Aber *warum* arbeitet Alonso in der Fabrik? Hätte er als Advokat nicht genug zu tun? – «Das schon. Zurzeit haben wir hundert Fälle laufen. Aber um in Kommunikation mit den Arbeitern zu stehen, müssen wir ihre Arbeits- und Lebensbedingungen teilen. In der Fabrik wechseln wir ab: nächstes Jahr geht Paco.»

Eben dieser Paco ist inzwischen eingetreten und gibt mir Auskunft über die «Fälle»: «Die meisten stammen aus dem Arbeitsrecht: Entlassungen, Lohnforderungen und sonstige Anstände mit dem Arbeitgeber, wobei es manchmal ganze Gruppen zu vertreten gilt.» – Müßten das nicht die Gewerkschaften besorgen? – «Die tun es nicht. Sie sind korporativ verfaßt. Ihr oberster Chef vertritt als Minister der Regierung beide Parteien, Arbeiter und Unternehmer.» – Kommt ihr da nicht in Konflikt mit der Politik, gibt es keine Schwierigkeiten? – «Wir sind schon mehrmals, sogar in politischen Fällen, die uns von auswärtigen Kollegen zugewiesen wurden, bis an die höchste Instanz gelangt. Die Hauptschwierigkeit: Das Gericht geht von der Annahme aus, daß der Unternehmer recht hat: die Beweislast für das Unrecht liegt beim Arbeiter, und der tut sich schwer, Zeugen herbeizuschaffen, usw. – Andere Schwierigkeiten treten im Wohnungswesen auf: In der Bannmeile werden die kleinen Parzellen meist «schwarz» und ohne Notar oder gar in verbotenen Zonen gekauft und weiterverkauft. Kommt dann plötzlich ein Planungs- und Enteignungsbeschluß, so wird es für die Leute schwierig, ihre Forderungen zu stellen: ihr Leben hat sich in einem vorjuristischen Raum abgespielt.»

Ich muß an den Lehm denken, in dem wir mit dem Motorrad beinahe steckenblieben. Aber wie gerieten diese Jesuiten als «Philosophen» und «Theologen» in diesen Raum, wie kamen sie überhaupt auf die Idee, in die Juristerei einzusteigen? – «Zur Juristerei entschloß sich jeder unabhängig vom andern mit dem Ziel, an einer unserer Fakultäten oder Unternehmerschulen zu unterrichten. Dann aber machten wir eine ganz neue Erfahrung. Wir lebten wie viele andere Ordensstudenten in einem «Piso» (Kleinvohnung) als Mini-Kommunität (Kommune), und zwar hier draußen unter den armen Leuten. Wir sahen mit eigenen Augen, daß sie sich nicht selber ihr Recht verschaffen konnten. So haben wir unser Berufsziel von der akademischen Laufbahn auf diese Arbeit umgestellt.» L.K.

Zeugnis

Jesuiten als Advokaten: Sie stellten ihr Berufsziel um – Die Erfahrung in der Kommune war entscheidend – Sie leben wie ihre Klienten.

Ludwig Kaufmann

Studentengemeinde

Ein Konflikt und seine Folgen: Entwicklung der kirchlichen Arbeit im Hochschulbereich – Von der Caritasgruppe zur politischen Arbeit – Das Schwerpunktprogramm der KDSE als Stein des Anstoßes – Zu wenig CDU-ähnlich? – Selbstkritik in der Studentengemeinde – Das Konzept der Bischöfe – Die Trennung von Seelsorge und Politik, von Gemeinde und Verbänden – Beide Konfliktpartner von der Entwicklung überholt – Desinteresse der Studenten – Problematik von Glaube und Wissenschaft ungelöst – Zukunftsperspektiven – Fachorientierte und fachübergreifende Arbeit – Manifest für eine «offene Kirche».

Wolfgang Bender, Frankfurt

Brasilien

Wachstum ist noch nicht Entwicklung: Vor der «Revolution» langsames, aber gleichmäßiges Wachstum mit hoher Inflation – Nachher gedrosselte Inflation und Wirtschaftsboom – Aber die Kluft zwischen reich und arm vertieft sich – Landwirtschaft tausend Jahre hinter Indonesien zurück – 5% bilden einen Staat im Staat – Sie allein konsumieren, was sie produzieren – Die große Mehrheit leidet unter Arbeitslosigkeit – Die automatisierte Industrie hilft ihnen nicht weiter – Soziale Spannungen – «Übereifer» der Polizei – Ein bischöfliches Dokument läßt auf sich warten – Der Staatspräsident: Brasilien geht es gut, aber dem Volk geht es schlecht.

Paul Anmann, Natal

Philosophie

Prüfsteine menschlichen Handelns: Motive in Grenzsituationen – Ein Marxist wertet die Widerstandskraft der christlichen Ethik gegen kollektiven Ungeist – Die Mystik der Einheit hat ihre Unschuld verloren.

Jan Strzelecki, Warschau

Zivilisation

Kollaps des Weltsystems (II): Katastrophe schon bald nach dem Jahr 2000? – Ja, wenn es so weitergeht wie in den letzten siebzig Jahren – Selbst neue Rohstoffquellen und technische Neuerungen helfen nicht weiter – Was kann uns retten? – Freiwillige Beschränkung der Bevölkerung und des wirtschaftlichen Wachstums – Galgenfrist für erfolgreiche Maßnahmen läuft in zwei Jahrzehnten ab – Mensch holt bereits jetzt für eine Senkung des Realeinkommens – Wer wird ihm beistimmen? – Neue Werte?

Paul Erbrich, Feldkirch

KIRCHLICHE ARBEIT IM HOCHSCHULBEREICH

Seit mehr als einem Jahr dauert der offene Konflikt zwischen der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE) und der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) an. Die Auseinandersetzung geht hauptsächlich um die Frage, ob und wie die christliche Gemeinde eine politische Aufgabe wahrzunehmen habe.

Diese Frage ist wichtig. Sie ist aber sicher nicht die einzige, über die man sich streiten muß, wenn es um die Zukunft der christlichen Gemeinden im Hochschulbereich geht.

Im folgenden soll deshalb zunächst in einem Rückblick dargestellt werden, in welchem Zusammenhang die politische Problematik in den Hochschulgemeinden aufgetreten ist. Anschließend werden einige Beobachtungen zur gegenwärtigen Situation in diesen Gemeinden mitgeteilt. So entsteht ein erweiterter Bezugsrahmen für die Überlegungen, wie kirchliche Arbeit im Hochschulbereich in den kommenden Jahren geleistet werden kann.

Das pastorale Konzept, das in Umrissen entwickelt wird, hat vor allem die größeren Universitäten im Auge. Die Grundgedanken könnten aber auch für die Arbeit etwa an pädagogischen Hochschulen und technischen Universitäten maßgebend sein.

Die folgenden Darlegungen sind nicht nur die private Meinung des Verfassers. Sie sind aus der Diskussion mit einigen Studentenpfarrern entstanden, die in der gleichen Richtung eine Antwort auf die Frage nach der Zukunft der Hochschulgemeinden suchen.

Rückblick

Während Bischöfe und Theologen in der ersten Hälfte der sechziger Jahre beim Zweiten Vatikanischen Konzil die Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute erarbeiteten, waren die evangelischen und katholischen Studentengemeinden mit der gleichen Frage – bezogen auf ihren Bereich – intensiv beschäftigt: Wie verwirklicht sich die christliche Gemeinde im Hochschulbereich?

Aus diesen Überlegungen heraus wurde der evangelisch-katholische Studententag in Göttingen 1965 gestaltet. Auf ihm wollten sich die Gemeinden – unter dem Stichwort «Studieren ist anders» – der Problematik des modernen Spezialistentums im Hinblick auf Studium, Wissenschaftsbetrieb, Gesellschaft und Kirche stellen. Das Ergebnis des Studententages von Göttingen war ein erweitertes ökumenisches Bewußtsein. Die Gemeinden wollten ökumenisch sein nicht nur im Sinne eines engeren evangelisch-katholischen Miteinanders, sondern vor allem auch bezüglich der Wahrnehmung der Weltaufgabe der Kirche. Deshalb wollte man die fortschreitende Spezialisierung und die damit verbundene Isolierung der Einzelwissenschaften weiterhin aufmerksam verfolgen, um auch nach Möglichkeiten der Reform der Hochschulen und der vorherrschenden Bildungskonzeptionen zu suchen. Außerdem wußte man, daß die Inhalte des christlichen Glaubens nur in engster Auseinandersetzung mit den Einzelwissenschaften zur Sprache gebracht werden können. Deswegen wurde damals die sogenannte Fachschaftsarbeit stark betont.

In dieser Richtung wurde weitergearbeitet. 1967 lautete das Thema des Evangelisch-katholischen Assistententages in Marburg «Strukturen und Methoden – Grundlagen der Wissenschaften und Möglichkeiten ihrer Kooperation». Dieses anspruchsvolle Thema hatte zwei Seiten. Eine theoretische: Die Frage nach der Möglichkeit einer übergeordneten Einheitswissenschaft (Metawissenschaft) und somit auch eine theologische Dimension, da die Theologie einmal die Funktion einer solchen Einheitswissenschaft hatte. Eine praktische Seite: Die Fragen nach der Organisation des Wissenschafts-

betriebes im Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Gesellschaft.

Nach den beiden Treffen von Göttingen und Marburg konnte man sagen, daß die Studentengemeinden den Weg zur Hochschulgemeinde gegangen waren: Nicht vornehmlich in einem personellen Sinn, durch Ausweitung auf Assistenten und Professoren, sondern vor allem inhaltlich: sie wollten die Aufgabe, zwischen christlichem Glauben und Einzelwissenschaften zu vermitteln, wahrnehmen. In diesem Zusammenhang sahen sie ihre hochschul- und gesellschaftspolitische Aufgabe.

Betonung des gesellschaftspolitischen Auftrags

Die anschwellende studentische Protestbewegung forderte die Hochschulgemeinden noch mehr heraus. Dabei wurde auch die Überforderung sichtbar. Anfangs gelang es einigen Gemeinden, bestimmend und auch vermittelnd in die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Dabei wurde aber sehr schnell neben der zahlenmäßigen Schwäche eine andere sichtbar: das Fehlen eines konkreten Programms. Bald haben deshalb die Gemeinden im Protestgetümmel keine Rolle mehr gespielt: hochschulpolitisch waren sie ein unbedeutender Faktor.

Dafür regten sich andere Initiativen, motiviert durch die christliche Präferenz für die Unterprivilegierten und anknüpfend an die Arbeit der schon bestehenden Karitaskreise: die sozialpolitischen Arbeitskreise. Ihre Zielgruppen waren Obdachlose, Gastarbeiter, Strafgefangene, Drogenabhängige u. a. Sie wollten nicht nur Einzelfallhilfe leisten – das taten sie durchaus –, sondern ihre Arbeit auch politisch sehen: Öffentlichkeitsarbeit, Versuch der Einflußnahme auf Behörden und Parteien, Vorschläge für Änderungen von geltenden Bestimmungen und Gesetzen.

Die Projektgruppen der sozialpolitischen Arbeitskreise haben einiges erreicht. Auf ihre Initiative hin wurden an einigen Universitäten Kindergärten eingerichtet. Die eine oder andere Obdachlosensiedlung konnte – auch durch Organisieren von Selbsthilfemaßnahmen der Betroffenen – saniert werden. In neuentstandenen Trabantenstädten wurde mit Kindern unterprivilegierten Familien gearbeitet und dann zusammen mit deren Eltern ein schulbegleitender Zusatzunterricht aufgebaut. Anderswo entstand in Zusammenarbeit mit Ärzten und Juristen eine Teestube als Treffpunkt und zur Beratung Drogenabhängiger.

Von diesen Arbeitskreisen wurden die Hochschulgemeinden immer wieder darauf hingewiesen, daß die sozialpolitische Arbeit nicht sinnvoll geleistet werden kann, wenn man sich nicht auf eine gemeinsame Perspektive für die politische Arbeit einigt. Diese Diskussion blieb nicht auf einige Gemeinden beschränkt. Sie wurde vom Gemeindevertretertag der KDSE aufgegriffen und führte zur Erarbeitung und Verabschiedung eines Schwerpunktprogramms für die politische Arbeit der KDSE und der Hochschulgemeinden.

Schwerpunktprogramm für die politische Arbeit

Das Schwerpunktprogramm beginnt mit einem allgemeinen Teil, in dem die gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland analysiert werden. Die Analyse beinhaltet eine deutliche Kritik des privatkapitalistischen Systems. Das Instrumentarium der Analyse ist zum Teil der marxistischen oder neomarxistischen politischen Ökonomie entnommen. Die politischen Zielvorstellungen, die bereits in der Analyse sichtbar werden, entsprechen weitgehend denjenigen eines demokratischen Sozialismus, wenn auch durchaus noch Anklänge an das Ahlener Programm der CDU vorhanden sind.

An den allgemeinen Teil schließt sich ein Kapitel über Motivation und Zielsetzung an, das angesichts der gesellschaftlichen Situation nach den Aufgaben christlicher Gemeinden fragt. Im dritten Teil des Schwerpunktprogramms werden einige besonders vordringliche gesellschaftspolitische Arbeitsbereiche näher behandelt: Theologie und Kirche, Hochschule, studentische Sozialpolitik, Friedensforschung und Friedensdienst, Dritte Welt.

Die DBK hatte bereits seit einiger Zeit, vor allem nach einigen Änderungen der KDSE-Satzung, die eine demokratischere Struktur des Zusammenschlusses der katholischen Studenten und Gemeinden zum Ziel hatten, die Entwicklungen in der KDSE kritisch verfolgt. Nach der Verabschiedung des Schwerpunktprogramms gab die DBK – ohne ausdrücklich auf das Programm Bezug zu nehmen – eine Erklärung ab, die scharfe Verurteilungen enthält.

Es ist darin von Widerspruch zum kirchlichen Auftrag, von der Verkürzung der christlichen Botschaft im Sinne einer innerweltlichen Heilslehre, von der Verfälschung des Glaubens und von einem marxistisch beeinflussten sozio-ökonomischen Begriff der Befreiung die Rede, der an die Stelle der christlichen Freiheit trete. Es blieb nicht allein bei diesem bischöflichen Protest. Vielmehr wurde die finanzielle Selbständigkeit der KDSE erheblich eingeschränkt und die künftige Finanzierung von bestimmten Auflagen abhängig gemacht.

Wie konnte es zu diesem Zusammenstoß zwischen der DBK und der KDSE kommen? Einerseits wird man darauf hinweisen müssen, daß die DBK sich in den sechziger Jahren nur wenig um die Vorgänge im Bereich der Hochschulpastoral gekümmert hat. Die großen und kleinen Treffen jener Jahre – Studenten- und Gemeindevertretertage, Studentenfarrerkonferenzen – sahen kaum den Besuch eines Bischofs, es sei denn zu einem flüchtigen Aufenthalt. Auf die wiederholten Eingaben etwa der Studentenfarrerkonferenz wurde kaum reagiert. Eine jahrelange Dialog-Abstinenz läßt sich nicht in wenigen Sitzungen einer Gutachterkommission aufholen. Es bleibt deshalb die Frage, ob die DBK über genügend Informationen über die Entwicklungen in den Hochschulgemeinden und in der KDSE verfügte, als sie ihre Erklärung abgab und weitere Maßnahmen ergriff.

Ferner ist fraglich, welches Gewicht die theologische Argumentation hat und ob nicht auch politische Erwägungen bei der Entscheidung der DBK eine Rolle gespielt haben. Wäre die KDSE in solche Schwierigkeiten gekommen, wenn ihr Schwerpunktprogramm den Aussagen des politischen Beirats des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken ähnlicher gewesen wäre? Vollends unverständlich ist, daß die DBK durch Ausübung finanziellen Drucks ein Meinungsproblem zu lösen sucht.

Andererseits stellt man sich auch bei der KDSE und in den Studentengemeinden kritische Fragen. So muß man wohl zugestehen, daß es zunächst nicht gelungen ist, den Stellenwert des Schwerpunktprogramms deutlich zu machen. Es wurde von Außenstehenden häufig als Grundsatzprogramm für die gesamte Arbeit der Gemeinden angesehen und nicht als ein Schwerpunktprogramm für jenen Sektor der Gemeindegemeinschaft, der traditionell Diakonie – politische Diakonie – heißt. Eine solche Überbewertung des Schwerpunktprogramms führt unweigerlich auch zu einer Fehlinterpretation seiner theologischen Aussagen. Damit hängt auch die leider sehr verbreitete Auffassung zusammen, in den Hochschulgemeinden seien die spezifischen Aufgaben der Seelsorge vernachlässigt worden. Würde man einen Vergleich anstellen, wieviel Sorgfalt auf die Vorbereitung von Gottesdiensten und Ansprachen verwendet wurde und wieviel Zeit für Einzelgespräche zur Verfügung stand, so könnten sich die Hochschulgemeinden gegenüber den Pfarrgemeinden wahrscheinlich gut sehen lassen.

Vor allem aber haben Gemeinden und KDSE, da sie ein politisches Programm machten, zu wenig das eigene politische Gewicht berücksichtigt, das sie in die Waagschale zu werfen hatten. Dieses Gewicht ist verhältnismäßig gering auf Grund sehr unterschiedlicher Faktoren wie etwa der starken personellen Fluktuation in den Gemeinden und der finanziellen

Abhängigkeit der KDSE von der DBK. Hier ist die Stelle, wo weiter nach dem gegenwärtigen Zustand der Hochschulgemeinden gefragt werden muß.

Zuvor sei jedoch im Hinblick auf das Schwerpunktprogramm der KDSE noch ein Positives festgestellt. Nach der Pastoral-konstitution über die Kirche in der Welt von heute und nach den letzten Sozialzyklen können die katholischen Gemeinden an der Auseinandersetzung um so gravierende gesellschaftspolitische Fragen wie zum Beispiel Entwicklung, Frieden, Umwelt, Bildungschancen nicht mehr vorbeisehen. Den Studentengemeinden ist es gelungen, sich in einem langen Prozeß freier Meinungsbildung auf ein politisches Arbeitsprogramm zu einigen. Dies ist ein Vorgang, der *über den Bereich der Hochschulen hinaus* für die kirchliche Pastoral bedeutsam sein sollte.

Zur gegenwärtigen Situation in den Hochschulgemeinden

Die DBK hat bei ihrer Herbstsitzung 1972 keine Aussage über ihr weiteres Vorgehen gegenüber der KDSE veröffentlicht. Nach Aussagen von Vertretern der DBK vor der Studentenfarrerkonferenz kann jedoch vermutet werden, daß die Lösung des Problems in einer Zweiteilung gesehen wird:

▶ Die Gemeinden haben pastorale – nicht politische – Aufgaben; sie kooperieren über die Studentenfarrerkonferenz mit der DBK.

▶ Die politisch interessierten Studenten schließen sich zu Verbänden zusammen – soweit man nicht auf ohnehin schon bestehende Verbände zurückgreifen kann –, die überregional in der KDSE zusammengefaßt sind.

Eine solche Zielvorstellung für die kirchliche Arbeit im Hochschulbereich ist in vieler Hinsicht fragwürdig, vor allem aber deshalb, weil sie die gegenwärtige Situation der Hochschulgemeinden übersieht und die zu lösende Problematik verkennt. Überspitzt kann man sagen: Die Gemeinden, wie sie sich zwischen 1965 und 1970 entwickelt haben, existieren in dieser Form nicht mehr. Dies sei stichwortartig erläutert.

▷ Die damals herausgebildeten demokratischeren Formen von Gemeindestruktur – eine Gemeindevollversammlung, die den Gemeinderat wählt – erweisen sich an den meisten Hochschulorten als nicht mehr arbeitsfähig. Sie müssen weiterentwickelt werden, ohne das Prinzip des Dialogs und der Kollegialität, wenn man das Wort Demokratie vermeiden will, aufzugeben.

▷ Viele der bisher engagierten Mitarbeiter haben sich enttäuscht von den Hochschulgemeinden abgewandt. Sie sind der Ansicht – im Blick auf die DBK und ihre Haltung gegenüber der KDSE, im Blick etwa auch auf die Gemeinsame Synode der Bistümer der BRD –, daß Reformen kaum zu erreichen sind. Viele von ihnen arbeiten jetzt in politischen Hochschulgruppen mit.

▷ Die Studenten, die neu zur Universität kommen, scheinen allgemein nicht mehr so bereit zum Engagement zu sein wie ihre Vorgänger. Ihre Mentalität ließe sich – schlagwortartig verkürzt – als apathischer Pragmatismus bezeichnen.

▷ Die seit Jahren wachsende Distanz der jungen akademischen Generation gegenüber dem kirchlich verfaßten Christentum ist inzwischen zu einem nahezu vollkommenen Desinteresse geworden. Während früher noch Proteste gegenüber bestimmten kirchlichen Verlautbarungen und Vorgängen möglich waren, nimmt man sie jetzt gar nicht mehr zur Kenntnis. Wer nicht selbst in der Hochschulpastoral gearbeitet hat, wird das Ausmaß dieses Desinteresses nur unterschätzen können.

Fragt man nach den tieferliegenden Gründen für die Enttäuschung und das Desinteresse, dann muß man auf folgenden Tatbestand aufmerksam machen. Es ist in den letzten Jahren zunehmend weniger gelungen, Theologie und Sprache des christlichen Glaubens einerseits und die Fragen der durch die Einzelwissenschaften und durch die gesellschaftliche Problematik geprägten Hochschulangehörigen andererseits miteinander zu vermitteln. Ein Bericht der Evangelischen Studen-

tengemeinde in Frankfurt formuliert dies Ende 1971 wie folgt:

«Studenten und Pfarrer ... erfahren immer wieder neu als die entscheidende Schwierigkeit die unzureichend geklärte Beziehung zur wissenschaftlichen und universitären Wirklichkeit in den überlieferten Aussageformen des christlichen Glaubens. ... Offenbar konnten in der bisherigen Arbeit die ganz unterschiedlichen und von dem Studienfach geprägten Fragen des einzelnen auch an den christlichen Glauben nicht zureichend aufgenommen werden. So hat die notwendige Diskussion zwischen Wissenschaft, Glaube und Kirche in der Studentengemeinde nicht intensiv genug stattgefunden.»

Von diesem Gesichtspunkt her sind die Überlegungen über die künftige Arbeit zu entwickeln.

Zukunftsperspektiven

Kirchliche Arbeit im Hochschulbereich hat die Aufgabe, die christliche Botschaft, die Einzelwissenschaften und die gesellschaftliche Problematik – auch dieser Einzelwissenschaften – miteinander zu vermitteln. Dieser Vermittlungsprozeß ist nicht nur ein theoretisch-rationaler, sondern ebenso ein emotionaler und handlungsorientierter Vorgang. Nur wenn diese Vermittlungsaufgabe, die auch eine Veränderung der eigenen bisherigen christlichen Position mit sich bringen wird, ernsthaft in Angriff genommen wird, kann die verhängnisvolle Entwicklung der Kirche zur Sekte, ihr Weg in die vollkommene geistige Isolation aufgehalten und an der Gestalt von Kirche weitergearbeitet werden, die die Pastoralkonstitution im Auge hatte: die offene Kirche.

Fachorientierte Arbeit

In Zukunft wird sich also die kirchliche Arbeit im Hochschulbereich viel stärker den Fachbereichen und den spezifischen Fragen der in ihnen Lehrenden und Lernenden zuwenden müssen. Da in dieser fachorientierten Arbeit in den letzten Jahren kaum Erfahrungen gemacht worden sind, ist es nicht leicht, sie beispielhaft zu erläutern.

▷ Am ehesten ist noch über die Arbeit in den pädagogischen Fachbereichen oder Hochschulen zu berichten. Hier liegen die gemeinsam interessierenden theoretischen und praktischen Probleme auf der Hand: die Frage nach dem Erziehungsziel, nach der zugrundeliegenden Anthropologie oder auch nach der Sexualerziehung. Wo solche pädagogischen Sachfragen, die eine theologische Dimension haben, regelmäßig und qualifiziert diskutiert und auch entsprechende Berufshilfen für die pädagogische Tätigkeit erarbeitet werden, kann – so ist die Erfahrung – mit dem Interesse vieler Fachbereichsangehöriger gerechnet werden.

▷ Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit im medizinischen Fachbereich, in dem die Evangelische Studentengemeinde Frankfurts einige Erfahrungen besitzt. Ansatzpunkte für Überlegungen bieten Fragen wie die nach der Verfügbarkeit des Menschen über sich selbst, nach dem Begriff und dem Verständnis von Krankheit in der modernen Gesellschaft, nach dem Sterben des Menschen in den modernen Krankenhäusern, nach dem Sinn des menschlichen Lebens angesichts von Krankheit und Tod. Im medizinischen Fachbereich erweist sich eine Zusammenarbeit mit der bisherigen Krankenhausseelsorge als sinnvoll.

▷ Als letztes Beispiel sei die auf den soziologisch-philosophischen Bereich orientierte Arbeit der Studentengemeinden in Frankfurt genannt. Die intensive und semesterlange Auseinandersetzung mit der kritischen Theorie der «Frankfurter Schule» hat nicht nur die Einsicht gebracht, daß hier keinesfalls die totale Destruktion von Theologie getrieben wird, sondern darüberhinaus zur Erkenntnis geführt, daß die kritische Theorie theologische Fragen neu offenlegt: die nach der Versöhnung, dem Reich der Gerechtigkeit, der Transzendenz u. a. Zumindest ist also eine Paralleltät der Fragen erkannt worden, wenn auch die Gesprächspartner hinsichtlich der Antworten oft ratlos sind.

Die fachorientierte Arbeit wird ergänzt werden müssen durch eine fachübergreifende. Dies ergibt sich aus zwei Gründen. Einmal hat die Abschaffung der Fakultäten und die Einrichtung von Fachbereichen entgegen den Erwartungen keine stärkere zwischenfachliche Kommunikation gebracht. Wenn

die Gemeinden es vermögen, sollten sie kommunikationsfördernd wirken. Zum anderen sind eine ganze Reihe von fachorientierten Problemen zugleich fachübergreifend. Es sei hier nur an das obengenannte Thema «Krankheit in der modernen Gesellschaft» erinnert, das neben den Medizinern genauso die Soziologen, Psychologen, Juristen, Politiker und Theologen angeht.

Besondere Aufmerksamkeit – im Zusammenhang einer fachorientierten kirchlichen Arbeit – dürfte in Zukunft die universitätsnahe, berufsbezogene Erwachsenenbildung verdienen.

Die fachorientierte Arbeit, wie sie hier angeregt wird, kann nicht Neuaufgabe der Fachschaftsarbeit der sechziger Jahre sein. Damals begnügte man sich häufig mit drei oder vier Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen je Fakultät und Semester. Heute wird man nicht nur den veränderten inhaltlichen Fragestellungen, sondern auch der veränderten methodisch-didaktischen Situation Rechnung tragen müssen. Deshalb wird man zum Beispiel den intensiveren Arbeitsformen in Arbeitsgruppen, Seminaren und Kursen den Vorrang gegenüber dem einzelnen oder sporadischen Vortrag geben.

Wenn hier der Akzent so eindeutig auf die fachorientierte Arbeit gesetzt wird, dann heißt dies nicht, daß andere Aspekte der kirchlichen Arbeit in Zukunft unterbewertet werden sollten oder überhaupt keine Rolle mehr zu spielen hätten. Die fachorientierte Arbeit wird sich nicht der gesellschaftspolitischen Zusammenhänge entziehen können. Deswegen bleibt kirchliche Arbeit im Hochschulbereich auch politisch orientiert. Ferner sollten Erfahrungen aus den Jahren der studentischen Protestbewegung nicht vergessen werden, als Geselligkeit und Feste verpönt waren. Das Gemeindezentrum sollte auch in Zukunft ein Zentrum der Geselligkeit sein. Mitunter machte sich in den Hochschulgemeinden – auch in ihren Gottesdiensten – eine rationalistische Engführung bemerkbar, die emotionale und meditative Momente stark in den Hintergrund treten ließ. Deshalb sollte man sich verstärkt auch um neue Formen der Meditation bemühen. Daß schließlich Verkündigung und Eucharistie weiterhin unverzichtbare Bestandteile der kirchlichen Arbeit sind, ist eigentlich selbstverständlich. Im übrigen geht es bei der fachorientierten Arbeit gerade auch um eine angemessene und wirksame Form christlicher Verkündigung im Hochschulbereich.

«Offene Kirche»

In den bisherigen Aussagen über die Zukunft der jetzigen Hochschulgemeinden ist mit Bedacht weitgehend der Begriff Hochschulgemeinde vermieden worden. Statt dessen war von kirchlicher Arbeit im Hochschulbereich die Rede. Damit sollte zunächst angedeutet werden, daß für die Zukunft – wegen der Komplexität der zu leistenden Arbeit – das Modell Hochschulgemeinde nicht mehr ausreicht. Der Begriff «kirchliche Arbeit» ist jedoch vieldeutig. Es muß deswegen noch genauer bestimmt werden, wie er hier gebraucht wird.

Kirchliche Arbeit im Hochschulbereich ist zu leisten von christentums- und kirchenbezogenen Gruppen und Einzelnen. Ihre Motivationen und besonderen Zielsetzungen können sehr verschieden sein. Verbinden sollte sie die Sorge um die Entwicklung der Gesellschaft in Richtung auf mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, der immer wieder neue Versuch, in diesen Prozeß der Erneuerung die Impulse der christlichen Botschaft einzubringen, und der Wille, sich selbst angesichts der christlichen und kirchlichen Tradition und diese vor den Zeitgenossen zu verantworten. Man könnte sich also die Weiterentwicklung der Hochschulgemeinden zu einer Art «Arbeitsgemeinschaft» christentums- und kirchenbezogener Einzelner und Gruppen vorstellen. Diese Arbeitsgemeinschaften an den einzelnen Hochschulorten bedürftigen des Zusammenschlusses auf regionaler und Bundesebene, um öffentlichkeitswirksam werden zu können.

Bei aller Betonung der Selbständigkeit dieser Gruppen und Arbeitsgemeinschaften hätten sie sich im Verband der katholischen Kirche zu verstehen, den Austausch mit den übrigen kirchlichen Gruppierungen und Gemeinden zu fördern und die auf kirchliche Kommunikation zielende Funktion des kirchlichen Amtes anzuerkennen.

Übrigens werden sich an dieser kirchlichen Arbeit im Hochschulbereich nicht nur Hochschulangehörige im engeren Sinn beteiligen – wie auch sicher manche Hochschulangehörige es vorziehen werden, sich in den Pfarrgemeinden zu beheimaten und gegebenenfalls dort ein Feld für Aktivität zu finden. Jedenfalls ergibt es sich fast von selbst, daß frühere Hochschulangehörige der Hochschulgemeinde weiter verbunden bleiben, daß Christen, die nichts mit der Universität zu tun haben, zu den Hochschulgemeinden stoßen, weil sie die Zielsetzung der Arbeit begrüßen oder auch die Form des Gottesdienstes oder der menschlichen Begegnung schätzen gelernt haben. Dies ist von großem Vorteil: So kann die Beschränkung auf einen bestimmten kleinen Ausschnitt aus der Gesamtbevölkerung überwunden werden.

Soll eine neue Form kirchlicher Arbeit im Hochschulbereich gelingen, dann bedarf es qualifizierter hauptamtlicher Mitarbeiter. Soweit sie in der fachorientierten Arbeit eingesetzt werden, müssen sie nicht nur über eine theologische Ausbildung, sondern auch über ausreichende Kenntnisse des betreffenden andern Fachgebietes verfügen; unter Umständen muß die Möglichkeit zu einem Zusatzstudium geboten werden, das jedoch nicht mit dem normalen Studiengang des

betreffenden Fachs identisch zu sein braucht, sondern im Hinblick auf die künftige Arbeit in Zusammenarbeit zwischen Gemeindemitgliedern und Fachprofessoren konzipiert werden sollte. Diesbezügliche Erfahrungen liegen in der Evangelischen Studentengemeinde in Frankfurt vor.

Gerade an dieser Stelle wird besonders deutlich, daß ökumenische Zusammenarbeit unerlässlich ist. Schon der Grundgedanke der Vermittlung von christlichem Glauben und Einzelwissenschaften erfordert diese Zusammenarbeit. Aber auch pragmatisch gedacht erhält das fachorientierte Konzept nur dann eine gewisse Chance auf Realisierbarkeit, wenn beide christlichen Kirchen eng zusammenwirken und deswegen zum Beispiel die hauptamtlichen Stellen in den einzelnen Fachbereichen nicht doppelt besetzt werden müssen.

Zum Schluß sei hervorgehoben, daß die vorstehenden Gedanken nicht nur im Hinblick auf den Hochschulbereich zu erörtern sind. Vielmehr ist zu überlegen, wie es zu einer Reaktivierung jener Gruppen und Einzelnen kommen kann, die an dem Konzept offener, sach- und gesellschaftsbezogener kirchlicher Arbeit – mutatis mutandis – auch in andern Bereichen (Pfarreien, Jugendarbeit u. ä.) interessiert sind. Das Ziel müßte sein, alle diese Bestrebungen in einer «Arbeitsgemeinschaft offene Kirche» zu koordinieren. Die KDSE – so zeigen es jüngste Äußerungen – ist an einer Entwicklung in der beschriebenen Richtung interessiert.

Wolfgang Bender, Frankfurt

BRASILIENS PROBLEME

Am Beispiel Brasiliens wird die große Spannung, die heute zwischen wirtschaftlich entwickelten und unterentwickelten Ländern herrscht, besonders deutlich sichtbar. Das Land selbst ist geteilt in den hochindustrialisierten Süden und Südosten, während die anderen Gebiete noch stark unterentwickelt sind. Der reiche Süden muß sich deshalb, innerhalb des eigenen Landes, mit allen Aufgaben auseinandersetzen, die im allgemeinen von den reichen Ländern erfüllt werden sollten: Bessere Preise bezahlen für Rohprodukte, die aus seinen unterentwickelten Gebieten stammen, ohne Restriktionen Fertigprodukte «importieren», arbeitsintensive Industrien aufbauen oder zumindest finanzieren usw.

Gegenüber dem Ausland aber wird Brasilien selbst als Entwicklungsland betrachtet und hat schwer zu kämpfen, um für seine Rohprodukte (z. B. Kaffee) garantierte Preise zu erhalten, seine Fertigprodukte durch die Zollbarrieren der reichen Länder zu schleusen. Es besitzt, wie die meisten Entwicklungsländer, nicht das geringste Konzept für eine arbeitsintensive Industrie.

So hat der Finanzminister Brasiliens die undankbare Aufgabe, für die moderne, effiziente Industrie, die er aufbaute und die das Wirtschaftswunder des Landes schafft, Absatzmärkte in den reichen Ländern zu erkämpfen, während ihm gleichzeitig seine eigenen Landsleute des Nordostens vorhalten, er sei der «Minister des Südens», das heißt er kümmerge sich zu wenig um die Probleme der unterentwickelten Gebiete.

Die sozial-ökonomischen Spannungen dieses regionalen und sektoriellen Ungleichgewichts werden wir hier analysieren. Vorher aber wollen wir auf ein sozialpolitisches Problem eingehen, das viel bekannter ist im Ausland und das dort bereits zu einem Schlagwort geworden ist: Todesschwadron und Torturen.

Der «Übereifer» der Polizei

Entsprechend den gigantischen Dimensionen Brasiliens, das eine Million Quadratkilometer größer ist als der Kontinent

Erster Teil siehe Nummer 17, S. 190 ff. (beim Übersenden des Manuskriptes gab es einige Schwierigkeiten, darum folgt dieser Teil erst jetzt).

Australien, haben auch die Probleme der Sicherheit dieses Landes enorme Ausmaße. Brasilien hat über 15 000 km Grenzen mit zehn Nachbarländern sowie 7500 km Meeresküste zu bewachen. Die Hauptarbeit der Sicherheit gegen außen besteht hauptsächlich im Abwehren des Schmuggels, der besonders im Nordosten blüht, und der fremden Fischerboote, die in brasilianischen Gewässern ohne Lizenz Fischerei betreiben. Militärische Angriffe von außen sind kaum zu erwarten.

Bedeutend komplizierter erscheint die Bewahrung der inneren Sicherheit. Fast jede Regierung hat deshalb Gesetze der nationalen Sicherheit geschaffen. Das Gesetz Nr. 314 von 1967 sagt zum Beispiel, daß Verbrechen der Subversion und subversiver Propaganda der Militärjustiz unterstehen. Dabei ist eine Präventivhaft von einem Monat vorgesehen, die verlängert werden kann. 1968 wurde das Gesetz verschärft, indem die Haft ohne schriftlichen Haftbefehl und ohne die Garantie des Habeas Corpus ermöglicht wurde «in Fällen politischer Verbrechen, Verbrechen gegen die nationale Sicherheit und gegen die Wirtschafts- und Sozialordnung». 1969 wurde die Rekursmöglichkeit an den Obersten Gerichtshof abgeschafft.

Durch diese Gesetzgebung hatten es die Militärs erreicht, die Subversion zu bewältigen. Die Polizei der unteren Ränge scheint aber zu wenig vorbereitet und zu schlecht bezahlt gewesen zu sein, um solch enorme Machtbefugnisse richtig interpretieren und anwenden zu können. Es kam zu Exzessen, die das Land in kurzer Zeit in Verruf brachten. Bis heute hat sich Brasilien davon nicht erholt, obwohl nun intensiver gegen die Mißstände im Polizeiapparat vorgegangen wird.

Wie steht es heute mit der Todesschwadron? Wir zitieren die «Große Enzyklopädie Delta-Larousse», die in ihrem Jahrbuch von 1972 einen ganzen Artikel über dieses Problem bringt:

«Die Todesschwadron, von der Vereinigung brasilianischer Rechtsanwälte definiert als «kriminelle, barbarische und verabscheuungswürdige Organisation», hat 1971 weitere Opfer gefordert. Ihre Agenten erfreuen sich einer «skandalösen Ungestraftheit», wie die Nationale Bischofskonferenz in einer Note erklärte. Gegen die mysteriöse Gewalt dieser Schwadron scheint die Justiz keine durchgreifende Handhabe zu besitzen.»

Dann wird die Zahl der Opfer geschätzt (in Rio und Guanabara von 1968 bis 1971 etwa 700) sowie die Art und Weise erklärt, wie sie umgebracht wurden; denn nach der brutalen Todesart, die bei allen Opfern vorgefunden wurde, schließt man auf die Schwadron als gemeinsamen Urheber. Schließlich wird erwähnt, daß das Justizministerium nun in den Polizeidepartements der Gliederstaaten interveniert habe, um die Fälle aufzuklären, bei denen Polizisten in die Morde verwickelt waren. Daraufhin wurden mehrere Polizisten festgenommen und viele entlassen.

Auch die Tageszeitung «O Estado de S. Paulo» – nach Ansicht der «Washington Post» die einflußreichste Zeitung Lateinamerikas und nach Ansicht des französischen «L'Express» die größte Zeitung der Welt (Sonntagsausgabe = 330 Seiten) – bringt regelmäßig Berichte über Strafanträge gegen Ex-Polizisten, die Mitglieder dieser mysteriösen Organisation waren. Dieselbe Zeitung kritisiert scharf, daß die Polizei an einem professionellen «Übereifer» kranke. Ferner:

«Die Steine des Anstoßes, die aus dem Polizeiapparat rollen, stören die Ruhe der brasilianischen Familie. ... Wir haben jetzt seit acht Jahren eine Revolutionsregierung, die entstand, um Ordnung zu schaffen im Haus, das durch das Wirtschaftschaos und die Autoritätskrise gespalten war. Die Revolution muß nun auch den Polizeiapparat ergreifen (und Ordnung schaffen). Die obersten Behörden haben zuviel Geduld gehabt. Es ist Zeit zu handeln» (11. 4. 72).

Ein anderes schwerwiegendes Problem für die Justiz und den Ruf Brasiliens sind die politischen Gefangenen. Auch hier lassen wir am besten wieder die redaktionellen Leitartikel des «Estado de S. Paulo» zu Worte kommen:

«Die Strafe der politischen Gefangenen sollte keineswegs die Grenze dessen überschreiten, was wir vernünftigerweise als gerecht bezeichnen. Man sollte verhindern, daß die Verurteilten mehr leiden müssen als es das Heil der Gesellschaft verlangt ... Der Staat kann doch kein Interesse haben an einer unmenschlichen Behandlung ... Indessen ist heute die Lage der politischen Gefangenen in São Paulo deprimierend. Sie sind gefangen gehalten mit gewöhnlichen Verbrechern, aber oft werden sie noch schlechter behandelt als diese. Besuche werden ihnen oft verweigert oder erschwert durch den Sadismus der Wächter, welche die Familienangehörigen beleidigenden Untersuchungen unterwerfen. Ihre Rechtsanwälte werden bedroht und erpresst» (25. 6. 72).

Schließlich wagt der «Estado de S. Paulo» sogar auf Störungen in der Militärjustiz hinzuweisen:

«Ein weiterer Hinweis, daß etwas in der harmonischen Funktion der Maschinerie der Militärjustiz nicht stimmt, ist die große Zahl von Freisprüchen, ganz zu schweigen von der Zahl der Abänderungen der Urteilsprüche im Obersten Militärischen Gerichtshof. Wenn so viele Leute freigesprochen werden, nachdem sie monatelang im Gefängnis saßen, oft unter Bedingungen, die Proteste der Öffentlichkeit hervorriefen, so können wir das nur auf einen Exzeß an Eifer der Militärjustiz zurückführen» (2. 8. 72).

Widerstand der Kirche

Die einzige Organisation, die offen Widerstand gegen diese Mißstände leistet, ist die Kirche. Die Bischöfe sind überzeugt, daß die «menschlichen Qualitäten des brasilianischen Volkes, seine Großzügigkeit, seine Herzlichkeit, seine verständnisvolle und friedliche Natur ein unschätzbares Gut sind» (Predigt während des Te Deum an den staatlichen Unabhängigkeitsfeiern in Brasília). Deshalb könnten die Mißstände, die in den letzten Jahren auftauchten, durch effizientere Organisation der Sicherheitsorgane bald wieder in Ordnung gebracht werden. Als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer Reorganisation bezeichnet die regionale Bischofskonferenz der Südstaaten die Wiedereinführung des Habeas Corpus und der Verpflichtung eines schriftlichen Haftbefehls, der verhindern soll, daß Polizisten auf Gutdünken Leute verhaften. Am 17. April zum Beispiel hat der Militärgerichtshof von Itabira einstimmig Patres freigesprochen, die zehn Monate lang im Ge-

fängnis saßen. Man wußte gar nicht mehr, warum sie eingesperrt wurden. Sechs Wochen später veröffentlichte die erwähnte Bischofskonferenz ein Dokument zur Wiedereinführung des Habeas Corpus und der besseren Behandlung von politischen Gefangenen. Das Dokument erregte großes Aufsehen und wurde von anderen regionalen Bischofskonferenzen aufgegriffen.

Es scheint, daß sich immer mehr Bischöfe öffentlich gegen Ungerechtigkeiten wenden, auch solche, die bisher nicht glauben wollten, daß solche Mißstände im friedliebenden Brasilien möglich sind. Eine bittere Erfahrung machte der als sehr konservativ bekannte Kardinal *Scherer*, als die Polizei am 28. Juli einen seiner Seminaristen aus «Übereifer» erschoss. Im Radioprogramm «Stimme des Hirten» beklagte sich der Kardinal, daß ausgerechnet ein Student aus seinem Seminar erschossen wurde, da er Kandidaten, die ihre Berufung mehr in politischen Betätigungen sahen, öfters zum Verlassen des Seminars aufgefordert habe. Tatsächlich gab die Polizei bereits nach vier Wochen zu, daß der Student während der Verfolgung eines Sträflings versehentlich erschossen wurde: über ihn selber fand sich nichts im Strafregister.

Die nationale Bischofskonferenz wollte auf die 150-Jahr-Feier der Unabhängigkeit ein großes Dokument über «Die Kirche und 150 Jahre Unabhängigkeit» veröffentlichen. Mit großer Spannung erwartet und von sechs Spezialisten wochenlang vorbereitet, wurde das Dokument aber im letzten Moment durch eine kurze, sehr versöhnliche «Botschaft an das Volk» ersetzt, die am 3. September in sämtlichen Kirchen Brasiliens während der Danksagungsmesse verlesen wurde. Die Bischöfe erklärten, das Dokument sei noch nicht reif zur Veröffentlichung und verlange weitere gründliche Studien.

Sozio-ökonomisches Ungleichgewicht

Brasiliens Wirtschaftspolitik folgte in den letzten zwanzig Jahren hauptsächlich zwei Entwicklungsmodellen: Die Präsidenten vor der Revolution von 1964, vor allem *Kubitschek*, wandten ein Modell an, das eine gleichmäßigere Verteilung des Einkommens im Volk und in den Regionen vorsah; es hatte aber auch ein langsames Wachstum und eine hohe Inflationsrate zur Folge. Das Entwicklungsmodell der drei Regierungen nach der Revolution erreichte eine Reduktion der Inflation von 92% auf 19% und erzielte ein hohes Wachstum, was andererseits eine einseitige Einkommensverteilung mit sich brachte.

Viele Entwicklungsländer wählten dieses letztere Modell. Indonesien hat zur selben Zeit die genau gleiche Politik angewandt und in kürzerer Zeit eine viel höhere Inflationsrate auf weniger als 10% gedrosselt, dafür aber ein etwas weniger hohes Wachstum erreicht, so daß die Einkommensunterschiede weniger auffallen.

Beide Regierungen bedienten sich der militärisch-technokratischen Methode, das heißt man entwickelt das Land von oben herab, von der Elite, den Technikern und Planern her, die ein Unternehmen nach dem andern aufbauen. Das Volk, die große Masse, die nicht zu dieser technischen Elite gehört, ist von der Entwicklung vorläufig ausgeschlossen. Diese Unternehmen, brasilianische und ausländische, investieren natürlich nicht, um ein Land zu entwickeln, noch viel weniger, um Entwicklungshilfe zu leisten, sondern um Geschäfte und Profite zu machen. Der Finanzminister wünscht Unternehmen mit möglichst hohen Profiten und mit dynamischer Expansion, denn diese Unternehmen sind es, welche das sensationelle Wachstum des Landes ermöglichen.

Regionale Unterschiede

Dieses Entwicklungsmodell beginnt nun aber, schwere Spannungen im Land zu erzeugen. Am deutlichsten sind die regio-

nalen Unterschiede sichtbar geworden. Das brasilianische Modell führt dazu, daß die schon reichen Gebiete, die bereits über gewisse infrastrukturelle Vorteile verfügen, sich schneller entwickeln als die unterentwickelten Regionen. Die Unternehmer investieren dort, wo bereits Transportmöglichkeiten, Energie, Telekommunikationsmittel usw. vorhanden sind. Diejenigen Gebiete, die eine Entwicklung am nötigsten hätten, kommen dabei zu kurz. Die Regierung hofft, daß vom entwickelten Süden her die Industrie sich über Belo Horizonte, Salvador und Recife auch im Nordosten ansiedeln werde. Das Volk aber, das diese Pläne nicht kennt, hält das regionale Ungleichgewicht für Ungerechtigkeit, und es kommt zu einer gewissen Unruhe, deren äußeres Merkmal sich in einer sehr hohen Quote von Auswanderungen in den Süden offenbart. Aber auch in den Norden, in den Dschungel des Amazonas, wandern jährlich Tausende von Nordestinos aus. Hier im Nordosten sind die Löhne viel niedriger als im industrialisierten Süden, obwohl das Leben im Nordosten teurer ist. Für eine Universitätsvorlesung über französische Literatur zum Beispiel bekommt man in Natal 8 Cruzeiros, für die genau gleiche Vorlesung im Süden hingegen 20 bis 40 Cruzeiros. Unbegreiflicherweise ist sogar der offiziell vorgeschriebene Mindestlohn im Nordosten um 32% geringer als im Süden. Die Tageszeitungen des Südens gebrauchen für den Nordosten (und den Norden) einen diskriminierenden Auslandstarif, der um 25 bis 60% höher ist als im Süden.

Sektorielle Ungleichheit

Ein zweiter Nachteil dieses Modells ist das sektorielle Ungleichgewicht, das heißt die Modernisierung der Industrie hat viel schneller zugenommen als die landwirtschaftliche Produktivität oder der Sektor der öffentlichen Dienste. Der größte Teil der brasilianischen Landwirtschaft ist gegenüber den Landbaumethoden Indonesiens um mindestens tausend Jahre im Rückstand. Dort hat man schon längst kunstvolle Bewässerungsanlagen gebaut und ein seßhaftes Bauerntum eingeführt, während in Brasilien noch die Methode des Nomadentums herrscht. Resultat: Die Landwirtschaft des riesigen Nordostens mit seinen 1,5 Millionen Quadratkilometer Land ist nicht imstande, die geringe Bevölkerung von nur 30 Millionen Einwohnern richtig zu ernähren.

Ebenso unterentwickelt sind Teile des Sektors der öffentlichen Dienste. Von 1940 bis 1970 hat die Kindersterblichkeit in São Paulo zwar um 52,8% abgenommen, was einer jährlichen Verbesserung von 1,76% entspricht. Von 1965 bis 1970, also in der Periode des industriellen Aufstiegs, nahm die Kindersterblichkeit aber wieder um 20% zu. In São Paulo verfügen nur 39% der Bevölkerung über sanitäre Anlagen im Haus. In Pernambuco (Nordosten) sind es gar nur 4%. Man hat ausgerechnet, daß in Brasilien alle 42 Sekunden ein Kind stirbt und daß weniger als die Hälfte der Brasilianer 19 Jahre alt werden. Der Hauptgrund für diese hohen Ziffern ist die Unterernährung. In Pernambuco sind 85% der Kinder unterernährt. Der Grund für die Unterernährung liegt vor allem im sehr niedrigen Einkommen der Bevölkerung. Und damit kommen wir zum dritten Nachteil dieses Modells.

Einkommenskonzentration

Der Finanzminister erklärt immer wieder, jedes schnelle Wachstum bringe notwendigerweise eine sehr einseitige Einkommensverteilung mit sich: 60% der aktiven Bevölkerung Brasiliens (und 90% der Bevölkerung des Nordostens) verdienen weniger als 130 Franken im Monat. Sogar die offizielle Radiosendung «Die Stimme Brasiliens» bezeichnete dies als einen Hungerlohn. Schlimmer noch, der Anteil der Armen am Gesamteinkommen hat sich verkleinert und derjenige der Reichen wurde größer. Weltbankpräsident *McNamara* brachte dazu folgende Zahlen: Von 1960 bis 1970 wurden die 40% der

ärmsten Bevölkerung um 20% ärmer (= Verminderung des Anteils am Gesamteinkommen), während die 5% der reichsten Gruppe um 30% reicher wurden. *McNamara* kritisierte dann: «Man dürfe Entwicklung nicht mit wirtschaftlichem Wachstum verwechseln.»

Die 5% der obersten Einkommensklasse bestehen aus den Technokraten (Technikern, Ingenieuren, Wirtschaftswissenschaftlern, Unternehmern usw.) und den Bürokraten (obere Schicht der Administration und Militärs) oder nach *Bresser Pereira* den «Technobürokraten». Sie sind die Elite, von der wir oben gesprochen haben: Sie planen die Wirtschaft, sie produzieren und sie sind die einzigen Konsumenten (im Inland) dessen, was sie produzieren.

Die übrigen 95% sind diejenigen, welche (vorläufig) nicht in diesen Planungs- und Produktionsprozeß einbezogen wurden, und zwar nicht einmal als Konsumenten, denn mit weniger als 600 Franken Monatslohn können sie sich kein Auto, keinen Fernseher, keinen Kühlschrank usw. leisten, also Produkte derjenigen Industrie, welche das sensationelle Wirtschaftswachstum hervorriefen. Mit andern Worten: Die Technobürokratie hat sich einen blühenden Industrie- und Wohlfahrtsstaat geschaffen im unterentwickelten Land: *einen Staat im Staat*.

Arbeitslosigkeit

Die brasilianische Regierung kennt diese Problematik natürlich auch. Präsident *Medici* war der erste, der diesen Mißstand offen kritisierte, als er 1970 in Recife ausrief: «Brasilien geht es gut, aber dem Volk geht es schlecht.» Niemand bezweifelt, daß der Präsident um das Wohlergehen des ganzen Volkes bemüht ist. Aber er hängt von seinen Fachmitarbeitern der Finanz- und Wirtschaftsplanung ab. Diese wiederum hängen von denen ab, welche Kapital und Erfahrung in der Produktion haben, den Großindustriellen, Unternehmern usw. Diese schließlich haben kein Interesse am Anliegen des Präsidenten. Für westliche Wirtschaftsstrukturen ist ein Volk ohne Kaufkraft oder gar ein Volk, das weniger als das Existenzminimum hat, schlechthin irrelevant. Deshalb gründete die Regierung spezielle regionale und sektorielle Entwicklungsorganisationen: für den Nordosten zum Beispiel die berühmte SUDENE, für den Norden die SUDAM, für die Agrarreform die PROTERRA usw. Aber auch diese regionalen Organisationen haben Industrie nötig. Diese wurde dadurch zum Investieren angereizt, daß man ihr weitgehende Privilegien anbot. So gründeten die Firmen des Südens Filialen in den Steueroasen des Nordostens und produzierten auf die gleiche Weise wie im Süden, nämlich kapitalintensiv. Nun ist aber die Arbeitsmarktstruktur im Nordosten völlig verschieden von derjenigen im Süden oder in Europa, wo man zu wenig Arbeitskräfte hat und deshalb möglichst viel Automation einführt. Im Nordosten und in den meisten Entwicklungsländern der Welt sollte wegen der großen Arbeitslosigkeit möglichst arbeitsintensiv produziert werden. Westliche Produktionsmethoden sind deshalb, von diesem Standpunkt her gesehen, sehr problematisch für Entwicklungsländer. Vom völlig unterbevölkerten Nordosten (die Dichte ist zehnmal geringer als die der Schweiz) müssen jährlich Hunderttausende arbeitsloser Männer in den Süden auswandern. In Asien gibt es heute schon 100 Millionen Arbeitslose. In Indonesien ist die Arbeitslosigkeit, vor allem unter den Gebildeten, das explosivste Problem. Trotzdem wird weiterhin in den meisten dieser Länder unter Anwendung modernster westlicher Technologie industrialisiert.

Hier im Nordosten scheint uns die Situation insofern schwieriger und drängender zu sein, als die Bevölkerung einerseits sich dieser Ungleichgewichte bedeutend mehr bewußt ist als dies in afro-asiatischen Ländern der Fall ist, andererseits aber keine jahrtausendealte Kultur aufweist, welche in Asien immer wieder eine beruhigende und ausgleichende Wirkung hat, indem sie zur Geduld und Solidarität mit der Tradition aufruft.

Es ist deshalb sehr zu hoffen, daß die Ausstrahlungskraft des brasilianischen Wirtschaftswunders bald alle Regionen erreicht und daß das Land in seinen Anstrengungen der Regionalplanung die nötige innere Durchschlagskraft sowie das Verständnis und die Unterstützung seiner Partner in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit findet. *Paul Ammann, Natal*

Prüfsteine

Bei den Texten, die wir vorstellen, handelt es sich um Fragmente eines Buches mit dem Titel «Próby swiadectwa», was man wohl am besten mit «Prüfsteine» übersetzen dürfte. Es untersucht und analysiert die menschlichen Handlungsmotive in Grenzsituationen der Okkupationszeit, der «Zeit der Menschenverachtung» also.

Autor des Buches ist Jan *Strzelecki*, Jahrgang 1919, Soziologe, Marxist.

Die kurzen, gedrängt gefüllten Essays haben den Charakter persönlicher philosophischer Reflexionen. Ihr Gegenstand sind die Bruderschaft und das Zusammengehörigkeitsbewußtsein in der Zeit der Verfolgung, die Identität und Würde des Menschen, Freiheit und Toleranz. Im Lichte jener Erfahrungen wird die tiefe Verankerung der Moralität eines zeitgenössischen Humanisten sichtbar.

Theo Mechtenberg, Warschau (Übersetzer des folgenden Textes)

«Freiheit»

Die Bakterie ist etwas Natürliches. Übrigens – Gesundheit, Leumund, Reinheit, wenn Sie das so nennen möchten, sind Erfolge des Wollens, und zwar eines Wollens, das wir niemals aufgeben sollten.

Camus

Werte in der Welt – also Liebe, Klarheit, Ordnung, Anerkennung der Rechte der Mitmenschen – liegen hinter dem Damm, der gegen die ungeheuerliche Bedrohung durch das Meer errichtet wurde. Ihre Anerkennung ist selbst ein Bestandteil dieses Deiches. In dieser Anerkennung gibt es nichts Natürliches, wie die Philosophen des 18. Jahrhunderts uns weismachen wollten, die Väter aller späteren Fortschrittstheorien. Wie jede öffentliche Moral ist auch sie ein erworbenes Gut, und dieser Erwerb ist vergänglich. Diese Vergänglichkeit lernten wir bis zum Ende der Nacht kennen, und dieses Erleben begleitet uns unwiderlegbar bis heute. Die Überzeugung, daß eine Kette bekannter Ursachen, Geschichte genannt, ein Gebilde sein könnte, das die Integration von Werten gewährleistet, das ist eine Überzeugung, genau so stabil wie ein Haus ohne Fundament – so dachten wir damals im Abgrund des Meeres. Natürlicher als sein Bau ist die Zerstörung des Deiches, die Welle ist natürlicher als der Staudamm. Alles Kostbare verliert sich ohne die Sorge, ohne die menschliche Hand, die den Streifen herausgerissener Küste neu befestigt.

Freiheit ist ein leerer Begriff; er enthält nichts, was die Wertwahl vorentscheiden und dem Leben Gestalt verleihen könnte, nichts, was an die Verantwortung bindet. Ausdruck der Freiheit kann auch die Verweigerung sein, der Austritt aus dem Kreis schwer zu ertragender Spannungen. Fahnenflucht kann genau so ein Ausdruck der Freiheit sein wie das Verbleiben im Glied, Treue im gleichen Maße wie die Auflösung einer Verbundenheit mit dem Schicksal eines andern. Grenzsituationen zeigten uns mit unüberbietbarer Deutlichkeit, daß Freiheit kein Wegweiser ist, oder besser: daß sie einen Scheideweg markiert. Es gibt nämlich Situationen, in denen kein Mittelweg bleibt, in denen der Mensch vor der Unvermeidbarkeit der Wahl steht, vor der Probe seines Selbst. Der nächste Schritt ist ein Schritt ohne Rückkehr, der uns ein unauslöschliches Siegel aufprägt. In Grenzsituationen teilt nur ein Haar die Wege, die durch große moralische Gegensätze gekennzeichnet sind. Hier gibt es keine Mitte mehr zwischen Feigheit und Mut, zwischen Sieg und Fall, zwischen dem Anspruch der Mitmenschlichkeit und der Zerstörung der Gemeinschaft,

zwischen der Schwelle der Vollendung und der Schwelle des Nichts. Auf diesem Scheidepunkt frei sein, das bedeutet nur, vor der Wahl des Weges stehen. In dem Wort «Freiheit» ist die Beschreibung der Situation enthalten, aber es liegt in ihm keine Wegweisung. Diese ist außerhalb der Freiheit zu finden; die Freiheit ist Mittel, nicht Ziel des Menschen.

Wenn jemand die Absicht hat, Auschwitz zu bauen, kann man ihm nicht wissenschaftlich beweisen, daß er dazu kein Recht hat. Beschließt er die Judenausrottung, ist es unmöglich, ihn wissenschaftlich zu überzeugen, daß er unmoralisch handelt. Wissenschaftlich möglich dagegen ist es, das schnellste System der Vergasung zu bestimmen. Es ist unmöglich, den Haß in einen Gegensatz zur Vernunft zu bringen, wie man das im 18. Jahrhundert tun wollte. Der Haß ist scharfsinnig, er bedient sich des Verstandes. Aus dem Verstand kommt die Technik des Handelns für Gut und Böse; der Verstand nimmt aber keinen Einfluß, wo es um Handlungen geht, die einer anderen Ordnung angehören als der Ordnung der Nützlichkeit. Jene Logik, die die Wahrheit des Satzes, daß die Rettung des Lebens eines Menschen Rettung der Welt ist, feststellt, ist eine Logik des Herzens, eine Logik der Wertwahl, die durch nichts als durch sie selbst geschützt und begründet wird. Der Rationalismus, der alles Irrationale als unwürdig einer höheren Entwicklung der Menschheit erklärt, stellte Liebe und Haß auf eine Stufe, brachte in eine Reihe, was unter der Grenze der Vernunft liegt und das, was sie transzendiert.

Das Urteil um den Wert des Lebens läßt sich nicht auf Vernunft gründen. Wir geben es daher auf, aus dem Verstand das letzte Orakel für das zu machen, was eine menschenwürdige Auffassung ist. Wir verwerfen nicht die Vernunft, aber wir stützen sie auf das, was sie transzendiert.

Jahrhundert um Jahrhundert bestand das Christentum auf dem ausschließlichen Wert der menschlichen Seele. Wir sehen in der christlichen Ethik eine der den Menschen gegebenen Kräfte zur Macht des Widerstandes gegen Befehle und Emotionen jeglicher irdischer Ersatzgötter, jeglicher gesellschaftlicher Ungeheuer, die für die Hörigkeit eine Gegenleistung versprechen: die Befriedigung des Gefühls der Gemeinschaft und des Dienens, Besänftigung einer inneren Unruhe, die durch einen alles relativierenden Individualismus ausgelöst wird. Das Christentum stand quer zur Selbstvergötterung der Partei, des Staates, des Volkes, quer zur Ethik militanter Kollektive, die ihre zehn Gebote herausgeben und in der Sprache der Mystik und der Kanonen reden. Es war eine Schule letzter Verantwortung für das eigene individuelle Leben. Ich rede hier von der Ethik, die den Wert der Erlösung über alle innerweltlichen Werte stellt, über die Anerkennung der Gruppe, die Dankbarkeit des «Führers», die Todesangst und die Ansichten der Angehörigen und Freunde. Ich spreche von der Ethik, die die Bruderschaft in Gott – das heißt im höchsten aller Werte – höher stellt als die Bruderschaft der Rasse und der Waffen. Dieser christliche Heroismus war keine häufige Erscheinung. Aber verschiedene seiner Initiativen, verschiedene seiner Impulse dauerten in der Menschheit als Bodensatz der Jahrhunderte und drückten mit ihrer schicksalhaften Kraft gegen die Kräfte verbrecherischen Gehorsams, gegen Zweifel, gegen Einsamkeit. Jener Heroismus war ein bezauberndes Vorbild, zu dem die Menschen aufschauen konnten, die durch die Mystik des Glaubens an die Botschaft der Heiligen und Engel verbunden waren. Es war eine Herausforderung zu einer demütigen Ergebenheit, die eine Macht verleiht, die die Kräfte der Hölle nicht zerbrechen – und das war uns nahe. Wir schätzten die Quelle dieses Vorbildes; wir sahen in ihm einen siegreich bestandenen Kampf bis zum äußersten, dem unseren ähnlich. Dieses Verhältnis währt bis heute, und deswegen zucken wir die Achseln, wenn jemand die Achtung der Religion Nachgiebigkeit gegen den Fideismus nennt. Wir haben keine Hochachtung vor einer «Religion im allgemeinen», es geht uns um die Nähe zu den Kräften, welche die Würde des Menschen ver-

teidigten und ihn emporhoben über den vergifteten Zauber militanter Gruppen.

Über den Marxismus

Solidarität unter Menschen stützt sich auf den Reflex einer Auflehnung, die nur gerechtfertigt werden kann dank der Mitverantwortung.
Camus

Der Begriff «Marxismus» umfaßte einen breiten Bereich der Überzeugungen, von denen einige in uns eine tiefe Zustimmung weckten, andere eine Art prinzipieller Ablehnung. Grundsätzliche Zustimmung weckte in uns die Analyse des individuellen und kollektiven Schicksals im Raum der Produktionsbedingungen und auch die Aussage, keine Form menschlicher Existenz, keine noch so erhabene Berufung entbinden von der Verantwortung für das in diesen Bedingungen liegende Element eines ungleich verteilten Zwanges; dieses Element steckt in jedem menschlichen Schicksal. In diesen Jahren waren uns die Rollen zudiktirt, Rollen, die mit einem doppelten Zwang belastet waren. Frei waren wir nur in der Wahl der Rollen im Bereich der Auflehnung gegen den Zwang; wie für eine Wahrheit, die unser eigenes Schicksal widerspiegelt, waren wir offen für all das im Marxismus, was Beschreibung des Wesens und der Verflochtenheit verschiedener Formen der Ausbeutung und Unterdrückung ist, was zur Teilnahme am gemeinsamen Kampf herausforderte.

Das, was unseren Widerspruch weckte, das war die Mystik der Einheit, die den Menschen die Fähigkeit nahm, die Fruchtbarkeit der Unterschiede zu sehen, die in jeglichem Unterschied den Anfang von Feindschaft witterte, die jegliche Bündnisse

als reine Taktik behandelte, was so viel heißt, daß jegliche Mittel, die zur Vergrößerung der Macht der Organisation führten, gut waren. In der Zeit, da wir mit ihr in Berührung kamen, hatte diese Mystik längst ihre Unschuld verloren; sie war zum kalten Werkzeug geworden, hatte aufgehört, Glaube zu sein. Sie schnitt die Menschen nach ihrem Bedarf zurecht, indem sie ihnen die Brocken dialektischer Rechtfertigungen vorwarf. Sie schneiderte nach ihren Erfordernissen die Theorie, das heißt sie bemäntelte in ihrem Namen die Praxis, die einzige Quelle des verpflichtenden Urteils. Sie war das Gift der lebendigen Bewegung und gab sich doch für ihr Blut aus. Wenn der Sozialismus die Rettung und Wiedergeburt europäischer Kultur sein sollte, so könnte diese Mystik unmöglich unsere Hoffnung werden.

Uns interessierte der Mensch in der Welt, und zwar in einer solchen Welt, wie sie uns umgab. Sie lastete auf uns wie ein mächtiges Barometer, das unsere Zerbrechlichkeit wie unseren Widerstand maß. In unserem Widerstand ging es nicht um Rettung unserer selbst; die gewannen wir ungleich sicherer durch Nachgiebigkeit. Unser Widerstand wurde zu einer Revolte gegen eine Welt, die sie den Menschen bereiten wollten. Aber unsere Auflehnung war nicht restlos durch eine objektive Kette von Tatsachen bestimmt, sondern durch unsere Beurteilung dieser Kette, durch die Aussage, daß das, was sie tun, ein Verbrechen ist, das seinem Wesen nach eine Herausforderung an uns darstellt. Wir wirkten also, wie die Philosophen sagen, in der Ritze der Freiheit. Unser Widerstand war der Akt eines moralischen Subjekts; er ließ sich weder beweisen noch begründen durch ausschließlich objektives Wissen.

Jan Strzelecki, Warschau

DER KOLLAPS DES WELTSYSTEMS (II)

Der erste Teil¹ des MIT-Berichtes über die Grenzen des Wachstums untersucht die Wachstumstendenzen und -grenzen der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, der Rohstoffreserve und der Umweltbelastung in Abhängigkeit vom Bevölkerungswachstum. Untersuchungen dieser Art sind keineswegs neu. Im zweiten Teil dagegen wird nun zum erstenmal versucht, die genannten Zustandsgrößen als ein einziges System zu betrachten, alles sozusagen als Funktion von allem aufzufassen. Das läßt sich nun keineswegs «von Hand» ausrechnen. Denn die fünf Zustandsgrößen und die zahllosen Faktoren, die fördernd oder hemmend auf sie Einfluß nehmen, stehen untereinander in einem schwer durchschaubaren Netz von Wechselwirkungen. *Dennis L. Meadows* suchte nun auf einem Computer dieses Netz von Wechselwirkungen nachzuzahlen (zu simulieren). Das entsprechende Computerprogramm nennt er ein «Weltmodell».

Wenn nun dieses Weltmodell in allen Einzelheiten der Wirklichkeit entspräche und diese determiniert wäre, könnte man die zukünftige Entwicklung mit Sicherheit voraussagen wie Sonnenfinsternisse. Tatsächlich aber ist das Weltmodell nur eine grobe Annäherung an die Realität; das wird von seinen Autoren ausdrücklich betont. Darüberhinaus ist die zukünftige Entwicklung keineswegs determiniert, da sie auch von unberechenbaren menschlichen Entscheidungen abhängt. Die MIT-Analytiker hoffen ja, daß die Bekanntmachung der Computerprognosen gerade ihr Eintreffen verhindere. Diese Prognosen sind keine Prophezeiung, sondern nur eine Simulation des Weltsystems, die dessen *Tendenz* wiedergibt. Das aber so zuverlässig, daß es unverantwortlich wäre, die Resultate dieser Simulation in den Wind zu schlagen.

Der sogenannte Standardlauf des Weltmodells steht unter der Voraussetzung, daß es keine verheerenden Kriege, Revolutionen oder Epidemien mehr gebe und sich die physikalischen

Größen der Erde (wie etwa Niederschlagsmenge oder Durchschnittstemperaturen) nicht merklich ändern, vor allem aber, daß die demographische und wirtschaftliche Entwicklung in den gleichen Tendenzen verlaufe, die sich gegenwärtig abzeichnen. Mit einer wesentlichen Änderung der Motivation der Menschen wird also nicht gerechnet; ja sie wird ausgeschlossen. Die MIT-Leute sagen also: *Wenn* die Menschen und ihre Institutionen bleiben, was sie heute sind, dann passiert das und das. Der Vorwurf, anthropologische Faktoren würden ignoriert und deswegen sei das Ganze ein Humbug, ist somit verfehlt. Der Computer überstreicht zwei Jahrhunderte von 1900 bis 2100. Alle eingespeisten Daten stammen aus der tatsächlichen Entwicklung von 1900–1970, und bis 1970 simuliert der Computer die de facto abgelaufene Entwicklung.

Der Computer zeigt nun, daß das Weltsystem über seine Wachstumsgrenzen hinausschießt und dann katastrophentypisch zusammenbricht. Der Zusammenbruch wird ausgelöst durch die Erschöpfung der Rohstoffe und die fallende Nahrungsmittelproduktion bald nach 2000. Die daraus resultierende Wirtschaftskrise führt zu einem starken Abfall der Dienstleistungen, auch der ärztlichen Fürsorge. Zeitliche Verzögerungsfaktoren lassen die Bevölkerung noch weiter ansteigen, dann sinkt sie innert zwei Generationen unter die Hälfte ihres Höchststandes. Wie hoch dieser ist, wird nicht gesagt (vermutlich etwa 12 Mia). Die heute lebenden Kinder werden im besten Alter den Zusammenbruch des Wirtschaftssystems erleben, und ihre Kinder den Zusammenbruch der Bevölkerung – *wenn* es so weitergeht wie bisher.

Ausweichmanöver

Man kann nun den Computer fragen, was geschieht, wenn man diesen oder jenen Faktor verändert. Nehmen wir an, die Rohstoffvorräte seien doppelt so groß. Was geschieht dann?

¹ Erster Teil siehe Nr. 19, S. 219 ff.

Die Industrialisierung erreicht einen höheren Stand und bricht später zusammen. Sie führt zudem zu einer derartigen Menge schädlicher Stoffe, daß die Belastbarkeit der Umwelt hoffnungslos überschritten wird. Die Folge davon ist der Zusammenbruch der Nahrungsmittelproduktion und der Gesundheit und damit der Bevölkerung. Ihre Zahl fällt ab, sogar unter ein Viertel des Höchststandes innerhalb gut einer Generation.

Der Computerlauf ändert sich nicht wesentlich, wenn die Rohstoffvorräte vervielfacht werden (Abbau auch ärmster Erze, ausgedehntes Recycling, weitgehender Einsatz von Ersatzstoffen). Um den Kollaps zu vermeiden, muß offensichtlich die Umweltverschmutzung kontrolliert werden. Ab 1975 wird die Menge schädlicher Stoffe pro Produktionseinheit auf ein Viertel des heutigen Standes herabgedrückt. Das ist für viele Stoffe technisch ohne weiteres erreichbar, etwa für häusliche Abwässer oder für die Flugasche von Rauchgasen; für andere Fälle dagegen nur unter äußersten technischen und wirtschaftlichen Anstrengungen, etwa für die Entschwefelung der Kohle; für wieder andere Fälle praktisch aussichtslos, etwa für den Gummiabrieb von Fahrzeugrädern oder für die Abwärme (denn *alle* Energie, die wir produzieren, verwandelt sich spätestens in den antreibenden Motoren und den angetriebenen Maschinen, in Kälteaggregaten und Heizkörpern in Abwärme). Trotzdem kommt es aus Mangel an Nahrungsmitteln wenig später zum Kollaps. Auch eine Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktivität verbunden mit perfekter Geburtenkontrolle (nur Wunschkinder kommen auf die Welt) hilft überraschenderweise nicht. Nach Erreichen eines weltweiten Lebensstandards, der beinahe den der heutigen USA erreicht, kommt es zu fühlbarem Rohstoffmangel, steigender Umweltverschmutzung und sinkender landwirtschaftlicher Produktion, und damit noch vor der Wende zum 22. Jahrhundert zum Kollaps.

Diese und andere Varianten zeigen stets das gleiche: Wenn die Wirtschaft, insbesondere das Industriekapital, ungehindert wachsen kann, kommt es trotz aller technischer Maßnahmen zur Streckung der Rohstoffvorräte, Senkung der Umweltverschmutzung, Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion und perfekter Geburtenkontrolle zum Überschießen der nicht aufhebbaren Grenzen, und als Folge davon zum Kollaps.

Das Überschießen der Grenzen ist die Wirkung zeitlicher Verzögerungsfaktoren, die sich technisch nicht beeinflussen lassen. Ein Kind braucht nun einmal seine Zeit, bis es selber wieder Kinder zeugen kann, und ebenso braucht ein Schadstoff seine Zeit, bis er in genügender Konzentration in die Nahrungskette gedrungen ist und seine zerstörende Wirkung entfaltet.

Mögliches Gleichgewicht

Da technische Kontrollen für sich allein das Erreichen der Grenzen nur hinausschieben und weder das Überschießen dieser Grenzen noch den Kollaps verhindern können, hilft nur noch *freiwillige* Beschränkung des Bevölkerungs- und des Wirtschaftswachstums, um ein Weltsystem aufzubauen, das erstens keine Tendenz zum Überschießen der natürlichen Grenzen zeigt und zweitens dennoch die berechtigten Bedürfnisse aller zu befriedigen vermag.

Überraschenderweise hilft eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums ohne gleichzeitige Begrenzung des Wirtschaftswachstums keineswegs, auch nicht, wenn die Bevölkerung auf dem Niveau von 1975 konstant gehalten würde. Man kann also ehrlicher Weise nicht einen Stopp des Bevölkerungswachstums fordern mit vorwurfsvollem Blick auf die Entwicklungsländer, ohne gleichzeitig und zuerst einen Stopp des Wirtschaftswachstums mit Blick auf die Industrieländer zu verlangen, schon allein aus Gründen der Glaubwürdigkeit.

Der Computer nennt nun folgende Bedingungen, unter denen ein Gleichgewichtszustand (weit) über das 21. Jahrhundert hinaus gehalten werden kann:

Erstens: Zunächst wird die ganze Technik eingesetzt, um das Erreichen der natürlichen Grenzen hinauszuschieben. Der Verbrauch an natürlichen Rohstoffen pro Produktionseinheit wird ab 1975 auf ein Viertel des Wertes von 1970 gesenkt, indem man Altmaterial wiederverwendet, also ausgedehntes Recycling einführt. Ebenso wird die Verschmutzung pro Pro-

duktionseinheit ab 1975 auf ein Viertel des Standes von 1970 reduziert. Der Landwirtschaft wird Kapital zugeführt, auch wenn es als unwirtschaftlich gilt. Es dient vor allem der Erhaltung und Verbesserung des Kulturlandes. Recycling und Landwirtschaft verbrauchen so viel Kapital, daß für die Industrie relativ weniger übrig bleibt als heute. Dem wird durch die Erhöhung der Nutzungsdauer und der Reparaturfreundlichkeit der Produkte entgegengewirkt.

Zweitens: Bevölkerung und Kapital (Lebensstandard) werden auf einem bestimmten Niveau stabilisiert. Über die Höhe dieser stationären Niveaus sprechen sich die MIT-Leute nicht sehr deutlich aus. Begreiflicherweise, denn sie wollen ihre Prognose als Tendenzprognose verstanden haben, und sie wissen, daß das, was sich noch ändern kann, gerade diese Niveaus sind. Andererseits beschreibt der Computer die Tendenzen immer quantitativ. Diese Quantitäten können zwischen den Zeilen herausgelesen werden. Die folgende Tabelle zeigt das Resultat:

Zustand von 1970	USA	EWG/ EFTA	REST	Global
Bevölkerung in Mio	200	300	3000	3500
BSP pro Kopf und Jahr in \$	4000	1800	250	600
<i>Erster Fall eines Gleichgewichtes (unrealistisch)</i>				
	USA	EWG/ EFTA	REST	Global
Bevölkerung in Mio	200	300	3500	<u>4000</u>
BSP pro Kopf und Jahr in \$	4000	2000	1650	<u>1800</u>
<i>Zweiter Fall eines Gleichgewichtes</i>				
	USA	EWG/ EFTA	REST	Global
Bevölkerung in Mio	240	360	6400	<u>7000</u>
BSP pro Kopf und Jahr in \$	4000	2000	860	<u>1030</u>

Die vom Computer festgesetzten Größen sind unterstrichen. Die andern Größen können in diesem Rahmen beliebig variieren. Zu beachten ist, daß eine stationäre Bevölkerung von 7 Mia unwahrscheinlich ist. Die reichen Länder haben zudem den «erlaubten» Lebensstandard bereits überschritten, und sie sind entschlossen, ihr Wirtschaftswachstum mindestens solange fortzusetzen, als es in ihren Grenzen noch Nischen der Armut gibt. Das bedeutet, daß unter den gemachten Annahmen der globale Lebensstandard im Gleichgewicht bedeutend niedriger als im Beispiel «zweiter Fall» ausfallen und der Unterschied zwischen Reich und Arm weit größer werden müßte.

Drittens: Das Erreichen des stabilen Zustandes wird immer schwieriger, je länger das exponentielle Wachstum anhält und je später Stabilisierungsmaßnahmen durch freiwillige Beschränkung ergriffen werden. Führt man die genannten Maßnahmen erst ab dem Jahr 2000 ein, ist die Möglichkeit des Gleichgewichtes bereits vertan. Denn in den 25 Jahren von 1975 bis 2000 ohne Stabilisierungsmaßnahmen ist der Rohstoffverbrauch etwa gleich groß wie in den 125 Jahren von 1975 bis 2100 unter den beschriebenen Gleichgewichtsbedingungen.

Fragen und Probleme

Das Ergebnis der MIT-Untersuchung lautet also:

- ▶ Wenn das Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft nicht freiwillig beschränkt wird, sondern unvermindert anhält, kommt es zum Überschießen der natürlichen Grenzen und zum Kollaps des Wirtschaftssystems und der Bevölkerung, und zwar noch innerhalb der nächsten hundert Jahre.
- ▶ Jede bloß technische Maßnahme oder Kombination von Maßnahmen für sich allein genügt nicht, diesen Zusammenbruch zu verhindern. Sie können höchstens den Zeitpunkt des Zusammenbruchs etwas hinausschieben.
- ▶ Die effektiven Stabilisierungsmaßnahmen müssen noch vor dem Jahr 2000 anlaufen, sonst kommen sie zu spät.

Die Ergebnisse sind derart jeder bisherigen Vorstellung und Erwartung entgegengesetzt und in ihren Konsequenzen derart umwälzend, daß man geneigt ist zu sagen, das kann nicht stimmen. Ob die Ergebnisse der Analyse stimmen, kann zu diesem Zeitpunkt wissenschaftlich weder bejaht noch verneint werden, schon allein deswegen, weil die wissenschaftlichen Grundlagen der Analyse noch nicht veröffentlicht sind (vorgesehen für Ende 1972). Die Untersuchung aber der einzelnen Zustandsgrößen (Nahrungsmittelproduktion, Rohstoff, Verschmutzung) in Abhängigkeit von der wachsenden Bevölkerung oder der Industrieproduktion ist verständlich und in ihren Voraussetzungen auch für einen Laien soweit durchsichtig, daß er für sich entscheiden kann, ob das Computerergebnis schlechterdings unmöglich oder zumindest nicht ausgeschlossen oder vielleicht sogar wahrscheinlich richtig ist.

Die *Tendenzen* unseres Weltsystems dürften qualitativ richtig prognostiziert sein. Quantitativ kann sich durchaus noch manches ändern, aber bestimmt nicht so, daß die aufgeworfenen Probleme akademisch werden. Die Frist zum Beispiel, die uns bleibt für die freiwilligen Stabilisierungsmaßnahmen, mag vielleicht zehn Jahre länger sein. Und wenn wir Glück haben, ist ein stationärer Zustand mit durchschnittlich heutigem europäischem Lebensstandard für 7 statt nur für 4 Mia möglich. Das könnte allerdings schon an der äußersten Grenze liegen. Denn dazu müßte die heutige landwirtschaftliche Produktion mindestens viermal und die industrielle mindestens sechsmal höher werden. Ob das physikalische System der Erde eine derart hohe Produktion auf die Dauer aufrechterhalten kann, bleibt zumindest fraglich.

Was muß getan werden?

Als Maxime unseres Handelns sollte gelten: Es geht nicht an, ein Produktions- und Verbrauchsniveau entstehen zu lassen oder gar anzustreben, das, wenn auch nur *wahrscheinlich*, von der nächsten Generation nicht gehalten werden kann und zum Kollaps zu führen droht. Auf Kosten zukünftiger Generationen zu leben ist mindestens so verwerflich wie auf Kosten der Zeitgenossen. Denn letztere können sich, zumindest grundsätzlich, wehren (und haben es auch immer wieder getan), die ersteren aber nicht.

Konkret heißt das zum Beispiel: Es geht nicht an, die heutigen Energieträger (vor allem Erdöl und Erdgas) in diesem Maße zu verbrauchen, wie wir das heute tun, bevor es nicht *sicher* ist, daß der Fusionsreaktor technisch, wirtschaftlich und ökologisch rechtzeitig realisierbar ist. Der sogenannte schnelle Brüter hat bereits ein Mehrfaches der Entwicklungskosten verschlungen, die man noch vor zehn Jahren veranschlagte, und noch existiert kein kommerzielles Demonstrationskraftwerk. Was wird erst beim Fusionsreaktor sein, dessen technische Probleme alles Bisherige weit in den Schatten stellen! Man sollte den Fisch nicht essen wollen, bevor er gefangen ist. Ein bestimmtes Verbrauchsniveau kann später viel leichter angehoben als kontrolliert gesenkt werden.

Wie aber soll nun durch freiwillige Beschränkung des Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung das Gleichgewicht des Weltsystems erreicht werden? Noch weiß es niemand. Nur eine Antwort geben die MIT-Techniker mit großer Bestimmtheit, wenn auch eine negative: Bloß technische Maßnahmen für sich allein genügen nicht, so notwendig sie auch sind (S. 128-132, 142). Als technische Lösungen bezeichnen sie Maßnahmen, die nur aus der Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnis resultieren und keine Änderung der Neigungen, Motive und Wertmaßstäbe des Menschen verlangen (S. 136). Technische Maßnahmen verschieben das Erreichen der unüberschreitbaren Grenze des endlichen Bodens, der beschränkten Rohstoffreserven und der begrenzten Belastbarkeit der Biosphäre. Sie können diese Grenze aber nicht aufheben. Auch sie verbrauchen ihrerseits Rohstoffe und vor allem Energie. Und diese wird nie wirklich unbeschränkt verfügbar sein. Denn alle Energie verwandelt sich früher oder später in Abwärme, und

auch für diese gibt es regionale und globale Grenzen. Zudem kosten technische Lösungen Geld, und es kommt schließlich selbst in einer expandierenden Wirtschaft (geschweige denn in einer stationären) der Moment, wo die Kosten prohibitiv werden wie die Concorde für die Luftfahrtgesellschaften.

Dem wäre hinzuzufügen, daß auch gesellschafts- und wirtschaftspolitische Maßnahmen für sich allein nicht genügen, so unentbehrlich sie auch sind. Solche Maßnahmen sind bereits in Diskussion. *Sicco Mansholt*, Präsident der EWG-Kommission, hat einen Katalog solcher Maßnahmen entworfen. Unter anderem steht darin zu lesen: Landwirtschaftliche Produktion *möglichst* im geschlossenen Kreislauf (das heißt wohl: Abbau der Monokulturen, Kompost statt Kunstdünger, biologische statt chemische Schädlingsbekämpfung); Schaffung eines CR-Indexes (Clean and Recycling, saubere Produktion im geschlossenen Kreislauf) als Grundlage für Zollschutz und Steuerbegünstigung, auch wenn dies eine weitgehende Umkämpfung der Industrie erfordert; beträchtliche Verlängerung der Nutzungsdauer aller Fabrikate; Senkung des Verbrauchs pro Kopf, besonders an nicht notwendigen Gütern.

Man stelle sich vor, der VW-Käfer lebe doppelt so lange, das Werk in Wolfsburg produziere nur noch halb so viele Wagen, seine Arbeiter erfreuen sich der doppelten Freizeit bei halbem Lohn; oder die Hälfte der Arbeiter werde entlassen, sammle Altmaterial und verkaufe Schrott an die Hüttenindustrie, die in den letzten zehn Jahren gerade enorm in neuen Produktionsmethoden investiert hat, die zwar preiswert hochwertigen Stahl produzieren, aber Schrott in größeren Mengen nicht verarbeiten kann.

Mansholt betont, daß sein Programm eine Senkung (nicht nur eine Fixierung!) des realen Einkommens für alle zur Folge habe. Und wie steht es mit der Gefahr chronischer Arbeitslosigkeit angesichts der enormen Produktivität unserer Maschinen und der Überkapazität unseres Produktionsapparates? Oder mit dem Problem stark vermehrter Freizeit in unseren Stadtwüsten und bei vermindertem Einkommen?

Man stelle sich vor, eine Partei übernehme das Programm von Mansholt. Sie verspricht warmes Bier im Sommer und kalte Schlafzimer im Winter, nur damit es unseren Urenkeln nicht schlechter gehe als uns in den dreißiger Jahren. Sie hätte in einer Demokratie kaum eine Chance, an die Macht zu kommen. Denn die Mehrzahl dürfte auf jene hören, die sagen, die Wirtschaft müsse weiterwachsen wie bisher, damit die Mittel bereitgestellt werden können für die Ausbildung und Umschulung, für die Schaffung einer Einkommensgarantie, für Umweltschutz, für die Sanierung der Städte, für die Steigerung der Entwicklungshilfe usw. (so zum Beispiel Barre, der französische Vizepräsident der EWG-Kommission in seiner Antwort auf den Vorschlag Mansholts).

Strukturänderungen, zumal in einer demokratischen Gesellschaft, setzen eine (zumindest beginnende) Änderung des Menschen voraus. Diese Änderung des Menschen ist das eigentliche Problem. Die angewandte Naturwissenschaft hat in der Neuzeit zu einer weitgehenden Entlastung und Befreiung des Menschen geführt. Der Traum der totalen Emanzipation aller erscheint nun realisierbar. Der Erfolg der technischen Entwicklung hat zudem die Meinung fixiert, daß es für alle Probleme eine technische Lösung geben müsse. Nichttechnische Lösungen, die eine persönliche Anstrengung oder gar Einschränkung bedeuten, werden leicht zum Vorneherein als unzumutbar abgelehnt, im Fall der Geburtenkontrolle bis zum Fall der Umweltverschmutzung. Wieviele kommen denn schon auf die Idee, Umweltverschmutzung *auch* dadurch zu verringern, daß man den Abfall erst gar nicht erzeugt, indem man weniger konsumiert und folglich auch weniger produziert? Die Gewöhnung an die Entlastung durch technische Lösungen hat auch die Manipulationswut gegenüber der Natur gefördert. Es fällt uns schwer, natürliche Grenzen zu sehen und anzuerkennen, mit statt gegen die Natur zu gehen.

Der ganze Trend wird noch einmal verstärkt durch die These der Naturwissenschaft, wonach die Natur, wie sie nun einmal vorliegt, das Produkt des blinden Zufalls sei. Wie kann man da noch das Werk eines andern sehen, das Respekt verlangt und behutsames Umgehen wie mit einem ausgeliehenen, unersetzlichen Kunstwerk!

Neue Werte

Und nun soll diese ganze Entwicklung als Fehlentwicklung anerkannt und abgeblasen werden. Das ist wahrhaftig revolutionär. Statt immer höheren Lebensstandard als unabdingbare materielle Basis für die totale Emanzipation, für die Freiheit im Sinne von Ungebundenheit, für die ungehemmte Selbstentfaltung soll nun Armut gelten im Sinne von Selbstbeschränkung, Verzicht, Genügsamkeit; statt Emanzipation und Selbstentfaltung so etwas wie Gehorsam im Sinne von reflektierter Bindung, Respektierung natürlicher Grenzen, ja sogar von Disziplin und Einordnung, der auf der andern Seite keine um so größere Ungebundenheit und Entlastung mehr entspricht wie etwa im Straßenverkehr, wo straffe Regeln des Verkehrs mir überhaupt erst die gesuchte Unabhängigkeit vom Raum ermöglichen (vgl. Steinbuch, Mensch - Technik - Zukunft, S. 338, 341).

Es wird nicht unmöglich sein, die Menschen von der Notwendigkeit der Selbstbeschränkung zu überzeugen und ebenso von den neuen Zielen, die dadurch überhaupt erst möglich werden. Etwa die Freilegung der wahren Bedürfnisse, an denen man die viel zitierte «Quality of life» zu messen hofft, oder die Verwirklichung der «Convivial Society» *Ivan Illich*. Aber Einsicht allein genügt nicht, so unabdingbar sie auch ist. Das eigentliche Problem besteht darin, uns selber dazu zu bringen, das, was wir als richtig zugegeben haben, nun auch wirklich zu tun, und zwar dauernd.

Man tröstet sich und sagt, wenn der Mensch müsse, dann könne er auch. Ohne Zweifel! Wenn wir im Unrat ersticken und die stahlveredelnden Metalle den Preis von Platin erreichen, dann werden wir uns bestimmt beschränken und lernen, unser Leben anders zu gestalten. Aber dann ist es längst zu spät, wie der MIT-Report zu zeigen versucht. Das Problem besteht darin, das, was wir in dieser Notlage fertig brächten, heute schon freiwillig zu tun, obwohl wir diese Not nur erkennen, aber nicht erleben. Wie sollen wir das fertig bringen, da wir die meisten Probleme, die sich technisch nicht lösen lassen, nicht oder nur halb gelöst haben? Man denke an das

Problem des Wettrüstens, der Armut, der Abtreibung, der Rassendiskriminierung, des Verkehrs in unseren Städten usw.

Steinbuch stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob die christlichen Kirchen zeitgemäße Wertssysteme praktikabel machen können (S. 342). Wenn «praktikabel» ein Wertssystem meint, das weitgehend dem Gefälle der konkreten menschlichen Natur angepaßt ist und deswegen sich relativ leicht und sicher realisieren läßt, wird die Antwort wohl lauten müssen: Nein. Wenn «praktikabel» ein Wertssystem meint, das, wenn es realisiert wird, die anstürmenden Probleme lösen helfen kann, wird die Antwort lauten dürfen: Ja - zumindest wenn man nicht gleich fertige Normen verlangt, sondern zunächst auf Haltungen und sinngebende Motive schaut.

Es gibt in der christlichen Tradition zum Beispiel das Ideal der Armut, das mehr ist als nur romantische Sympathie für die Entrechteten oder eine Spiritualität, die sich auch im materiellen Überfluß realisieren läßt. Es gibt den «Rat» des Gehorsams, der so ziemlich das Gegenteil des grenzenlosen Emanzipationsdranges ist. Es gibt das Ideal der Ehelosigkeit, die in früheren Zeiten sogar einen spürbaren Beitrag zur Dämpfung des Bevölkerungsproblems geleistet hat. Die alte Kirche hat nicht nur die kinderreiche Familie gelobt, sondern auch die freiwillige Ehelosigkeit, in der Meinung, sie sei für viele Gläubige durchaus etwas Zumutbares und nicht nur ein seltenes Charisma.² Die drei Beispiele machen gewiß noch kein hinreichendes Wertssystem aus, aber sie besitzen eine nicht zu übersehende Beziehung zu den Problemen, die höchstwahrscheinlich auf uns zukommen werden. Im übrigen verkündet die Kirche nicht nur praktikable Haltungen (praktikabel im zweiten Sinn), sondern sie *macht* sie auch praktikabel in einem Sinn, den Steinbuch bestimmt nicht vermutet. Das Heil, das sie zu vermitteln hat, besteht nicht nur in wegweisender Lehre, sondern auch in einem neuen Leben, Verheißung gewiß, aber auch Energie, schon in der Zeit Dinge zu tun, die wir von Haus aus leicht als unzumutbar und daher nicht praktikabel halten und die doch notwendig sind, um das Leben nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch der kommenden Generationen möglich und lebenswert zu machen. *Paul Erbrich, Feldkirch*

² Diese Meinung hat vermutlich weit weniger mit Manichäismus zu tun als man heute zu wissen glaubt, dafür aber sehr viel mehr mit dem konkreten harten Leben: Durch Jahrhunderte hat die europäische Gesellschaft nicht nur aus Egoismus der Besitzenden, sondern auch aus der Notwendigkeit, einen bescheidenen Wohlstand für alle (Dach über dem Kopf, genug Nahrung) zu erreichen und zu erhalten, einem großen Teil der Bevölkerung (nicht selten über 20%) Ehelosigkeit zugemutet, ja aufgezwungen. Was blieb da der Kirche anderes übrig, als nach Sinngebungen zu suchen, die vielleicht helfen konnten, die oft genug unausweichliche Ehelosigkeit innerlich zu akzeptieren und darin einen Sinn zu finden, der über den der baren Lebensnotwendigkeit hinausging? Das Einsetzen der Bevölkerungsexplosion im 18. Jahrhundert hat nicht zuletzt auch damit zu tun, daß diese Zumutung nicht mehr akzeptiert wurde.

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Mario von Galli, Ladislaus Boros, Jakob David, Albert Ebnetter, Robert Hotz, Ludwig Kaufmann, Josef Renggli, Raymund Schwager, Karl Weber

Anschriften von Redaktion und Administration:
Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ☎ (01) 36 07 60
Bestellungen, Abonnemente: Administration
Einzahlungen: Schweiz: Postcheck 80-27842 -
Deutschland: Postscheckkonto: Stuttgart 62 90
(«Orientierung»), Zürich - Österreich: Sparkasse
der Stadt Innsbruck, Scheckkonto Nr. 133.629 (Ver-
merk 0001/268499 («Orientierung»)) - Frankreich:
Crédit Commercial de France, CCP 1065, («Ori-
entierung») C.E. Suisse No 020/081.7360 - Italien:
Postscheckkonto: Roma 1/28545 («Orientierung»)
Zürich

Abonnementspreise: Ganzes Jahr: Fr. 22.- / Aus-
land: sFr. 25.- / DM 22.- / öS 145.- / FF 33.- /
Lit. 3700.- / US \$ 7.-

Halbjahresabonnement: Fr. 12.50 / Ausland: sFr. 14.- /
DM 12.50 / öS 75.-

Studenten-Abonnement: Schweiz Fr. 13.50 / Ausland:
sFr. 15.- / DM 13.50 / öS 80.- / Lit. 2100.-

Gönnerabonnement: sFr./DM 30.- (Der Mehrbetrag
von sFr./DM 8.- wird dem Fonds für Abonne-
mente in Länder mit behindertem Zahlungsver-
kehr zugeführt.)

Einzel exemplar: sFr./DM 1.50 / öS 9.-

Neu bei Walter:

Ladislaus Boros Weihnachtsmeditationen

135 Seiten, Leinen DM 16.-, Fr. 19.-.

Boros' Aussagen schenken Hoffnung und die weihnachtliche Freude,
auf dem Weg zum Menschen zu gelangen.

„Orientierung“ - Geschenkabonnement 1973

In den nächsten Tagen versenden wir Bestellkarten für Geschenk-
abonnemente. Um alle Beschenkten rechtzeitig auf Weihnachten
bedienen zu können, bitten wir um baldige Rücksendung.

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich